

Einfache Anfrage Altenburger-Buchs vom 4. Februar 2017

Erasmus und Auswirkung auf die Universität St.Gallen

Schriftliche Antwort der Regierung vom 14. März 2017

Ludwig Altenburger-Buchs erkundigt sich in seiner Einfachen Anfrage vom 4. Februar 2017 nach den Auswirkungen auf die Universität St.Gallen, wenn die Übergangslösung zur Beteiligung am Studierendenaustauschprogramm «Erasmus+» bis zum Jahr 2020 verlängert werde und der Bund derzeit nicht über eine Vollasoziiierung an «Erasmus+» mit der Europäischen Union (EU) verhandle.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Die Beteiligung an den Bildungsprogrammen der EU ist einer der Schwerpunkte in der internationalen Strategie für den Bildungs-, Forschungs- und Innovationsbereich der Schweiz. Auch für die Hochschulen im Kanton St.Gallen ist sie seit über 20 Jahren ein wichtiger Bestandteil der internationalen Zusammenarbeit. So konnten in den vergangenen Jahren Tausende von Schweizerinnen und Schweizern ihre Ausbildung durch einen Auslandsaufenthalt bereichern – und zahlreiche junge Ausländerinnen und Ausländer erhielten die Möglichkeit, einen Ausbildungsaufenthalt in der Schweiz zu absolvieren.

Nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative am 9. Februar 2014 hat die EU die laufenden Verhandlungen für eine Beteiligung der Schweiz an «Erasmus+» sistiert. Die Schweiz wird im Rahmen dieses Programms künftig als Drittstaat behandelt. Aufgrund dieser Sistierung hat der Bundesrat beschlossen, für die Jahre 2014 bis 2017 eine Übergangslösung im Sinn der früheren indirekten Teilnahme einzurichten. Diese Übergangslösung schreibt der Mobilität die höchste Priorität zu und geht davon aus, dass weiterhin eine Vollasoziiierung an «Erasmus+» angestrebt wird. Sie ist mit Einschränkungen verbunden und bietet nicht die gleiche Vielfalt an Beteiligungsmöglichkeiten wie «Erasmus+», schafft aber die notwendigen Voraussetzungen zur Gewährleistung einer grösstmöglichen Kontinuität.

Nach Auskunft des Staatssekretariates für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) geht der Bund indessen davon aus, dass eine Wiederaufnahme und ein erfolgreicher Abschluss der Verhandlungen für eine Assoziierung an «Erasmus+» nicht in einem realistischen Zeithorizont erfolgen können. Das SBFI bereitet deshalb eine Botschaft vor, die auch ohne Assoziierungsabkommen eine mehrjährige Planungssicherheit für die Förderung der internationalen Mobilität in der Bildung in den Jahren 2018 bis 2020 schaffen soll. Die Förderung der Mobilität von jungen Menschen in Ausbildung (Studierende, Berufslernende, Schüler usw.) geniesst dabei nach wie vor die höchste Priorität. Es handelt sich hierbei aber nicht um eine Verlängerung der Übergangslösung, sondern um eine unabhängige Schweizer Lösung mit einer anderen rechtlichen Grundlage als die aktuelle Übergangslösung.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Der Entscheid des SBFJ, derzeit nicht mit der EU über eine Vollasoziiierung an «Erasmus+» zu verhandeln, hat nach Auskunft der Universität St.Gallen keine direkten Auswirkungen auf die Universität.
2. Die Übergangslösung beeinträchtigt das Mobilitätsverhalten der Studierenden an der Universität St.Gallen kaum. Seit Inkrafttreten der Übergangslösung im Jahr 2014 ist die Anzahl der absolvierten Austauschsemester konstant geblieben. Erhebungen des Student Mobility Office der Universität St.Gallen haben gezeigt, dass für die Studierenden keine relevanten Nachteile entstanden sind und dass der Studierendenaustausch nicht an Attraktivität eingebüsst hat. Zudem ist die Universität St.Gallen durch die hohen qualitativen Vorgaben, die aus dem internen Qualitätsmanagement an den Studierendenaustausch resultieren, sowie durch die über 180 bilateralen Verträge mit Partneruniversitäten im Bereich Studierenden-mobilität sehr gut aufgestellt.
3. Die Regierung teilt die Einschätzung des SBFJ, wonach eine Wiederaufnahme und ein erfolgreicher Abschluss der Verhandlungen für eine Vollasoziiierung an «Erasmus+» nicht zeitnah realisiert werden können. Sie begrüsst daher, dass das SBFJ eine eigenständige Lösung erarbeitet, die Planungssicherheit für die internationale Mobilität der Studierenden in den Jahren 2018 bis 2020 gewährleisten soll. Vor diesem Hintergrund wird sie im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zugunsten einer Vollasoziiierung beim Bund vorstellig werden.